

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 03 | 21.01.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 9/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Intelligente Messgeräte-Einführungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 11/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Dezember 2021, dass **§ 6 Abs 1a, 1b und 3a** der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (**COVID-19-Maßnahmenverordnung** – COVID-19-MVO), BGBl II Nr 197/2020, idF BGBl II Nr 455/2020, **gesetzwidrig** war

[BGBl II 12/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Dezember 2021, dass die Wortfolge „Kinderspielplätze und“ in **§ 1 Abs 1 der Verordnung des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Graz** vom 3. April 2020 betreffend die Untersagung des Betretens von Kinderspielplätzen und Sportplätzen in Graz zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, Z Präs 027888/2020/0002, kundgemacht im Sonder-Amtsblatt Nr 9 vom 3. April 2020, **gesetzwidrig** war

[BGBl II 16/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend die **Festlegung von Präparaten im Sinne des Sterbeverfügungsgesetzes** (Sterbeverfügungs-Präparate-VO – StVf-Präp-VO)

[BGBl II 17/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über **Schwellenwerte und Erhebungsmerkmale bei der handelsstatistischen Anmeldung** (Handelsstatistikverordnung 2022 – HStatVO 2022)

[BGBl II 20/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** 2021 geändert wird (12. Novelle zur COVID-19-Einreiseverordnung 2021)

[BGBl II 21/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend die **Erhebung von Kontaktdaten durch Beförderungsunternehmer** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 9 v 14.01.2022, 3](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2022/42 der Kommission vom 8. November 2021 zur Änderung der Anhänge II und III der Verordnung (EU) Nr 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der **nationalen Obergrenzen** und der **Nettoobergrenzen für Direktzahlungen** für bestimmte Mitgliedstaaten für das **Kalenderjahr 2022**

[ABI L 11 v 18.01.2022, 52](#)

Empfehlung (EU) 2022/66 des Rates vom 17. Januar 2022 zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 zur vorübergehenden **Beschränkung** nicht unbedingt notwendiger **Reisen in die EU** und möglichen **Aufhebung dieser Beschränkung**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

06.12.2021, [V 608/2020](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG-DurchführungsVO; Sachlichkeit der Beschränkung der Anzahl der zum **Nachweis von Deutschkenntnissen berechtigten Sprachinstitute** gem der Niederlassungs- und AufenthaltsG-DurchführungsVO; Regelung zur Sicherung einheitlich hoher und nachvollziehbarer Qualitätsstandards und Fälschungssicherheit im Gestaltungsspielraum des Verordnungsgebers; ausreichende weltweite Verfügbarkeit der Sprachinstitute sowie hinreichende Ausnahmen und Möglichkeiten zur Erbringung des erforderlichen Sprachnachweises in Härtefällen

14.12.2021, [G 225/2021](#)

BundesbehindertenG; keine Bedenken gegen das Verbot, in Verfahren nach dem BundesbehindertenG neue Tatsachen und Beweismittel vor dem BVwG vorzubringen; kein Widerspruch zum Rechtsstaatsgebot; Abweichung der Verfahrensregelung des BundesbehindertenG vom VwGVG zur Abgrenzung des Verfahrensgegenstands und Strukturierung von Verfahren wegen deren Eigenheiten erforderlich; **Neuerungsverbot** steht einer Einbringung eines Sachverständigengutachtens durch den Antragsteller als Reaktion auf ein vom VwG eingeholtes Gutachten iRd Parteienghört nicht entgegen; Verlängerung der Beschwerdefrist und der Frist zur Erlassung der Beschwerdeentscheidung dient Konzentration des Verfahrens vor der Verwaltungsbehörde

15.12.2021, [V 229/2021](#)

COVID-19-MaßnahmenVO; Aufhebung der Wortfolge einer COVID-19-MaßnahmenVO betreffend die Untersagung des Betretens von Kinderspielflächen in Graz mangels Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen; keine Heilung der mangelhaften Dokumentation durch Einbringung von Begründungen nach Verordnungserlassung

16.12.2021, [E 4227/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** sowie im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; extreme Volatilität der Sicherheitslage seit Juli 2021 gem den Länderberichten weiterhin gegeben; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten zur Sicherheits- und Versorgungslage

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

13.12.2021, [Ra 2021/17/0018](#)

GlücksspielG; der Vorwurf, verbotene Ausspielungen gem § 2 Abs 4 GlücksspielG zugänglich gemacht zu haben, enthält jedenfalls auch den Vorwurf, dass dem Beschuldigten keine Konzession oder Bewilligung für diese Ausspielungen erteilt worden ist und dass diese Ausspielungen auch nicht vom Glücksspielmonopol des Bundes gem § 4 leg cit ausgenommen sind; es ist daher bei der Umschreibung der Tat im Straferkenntnis nicht erforderlich, das Vorliegen dieser beiden in § 2 Abs 4 leg cit genannten Voraussetzungen ausdrücklich anzuführen, zumal die Beschuldigte im Strafverfahren auch nicht behauptet hat, dass eine dieser Voraussetzungen nicht vorgelegen wäre; dem VwG wäre auch freigestanden, die von ihm als fehlend erachteten Angaben zu Zwecken der Klarstellung zu ergänzen; von einer **Vermischung von richterlicher Funktion und Anklagefunktion** kann dabei nicht die Rede sein; indem das VwG das bekämpfte Straferkenntnis mit der alleinigen Begründung aufgehoben hat, dass dessen Spruch keine Aussagen dahingehend enthalte, dass für die vorliegenden verbotenen Ausspielungen keine Konzession und keine Bewilligung nach dem GlücksspielG erteilt worden seien und dass diese auch nicht vom Glücksspielmonopol des Bundes gem § 4 leg cit ausgenommen seien, hat es die Rechtslage verkannt und sein Erkenntnis mit inhaltlicher Rechtswidrigkeit belastet

15.12.2021, [Ra 2020/06/0152](#)

Bundesstraßen-MautG; die Wortfolge in § 19 Abs 4 Bundesstraßen-MautG „binnen vier Wochen ab Ausfertigung der Aufforderung“ bedeutet nicht, dass eine nicht **rechtswirksame Zustellung** keinen Fall des Unterbleibens der Aufforderung zur Bezahlung der Ersatzmaut darstellen würde; der VwGH hat mit Verweis auf seine Rsp zum tatsächlichen Zukommen eines Bescheids oder eines Schriftstücks weiter ausgeführt, dass die bloße Kenntnisnahme der Aufforderung (etwa durch Akteneinsicht) nicht mit deren rechtswirksamen Zustellung gleichgesetzt werden könne; ferner wurde der Ansicht, es sei auf die „Ausfertigung“ abzustellen, eine Absage erteilt und dargelegt, es liefe auf eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung der Fälle hinaus, in denen einem Fahrzeuglenker keine Aufforderung zur Entrichtung der Ersatzmaut wirksam zugestellt werde, würde jenen Lenkern, bei denen immerhin der Versuch der Zustellung unternommen wurde, das Recht abgesprochen, in gleicher Weise wie die anderen Lenker bis zum Abschluss des Verfahrens die Ersatzmaut zu entrichten

15.12.2021, [Ra 2020/06/0308](#)

Tir BauO; **VStG**; mit der vorliegenden **Umschreibung des Beginns der angelasteten Tatzeit** mit den Worten „seit ca dem Jahre 2017“ wird das angefochtene Erkenntnis den Erfordernissen des § 44a Z 1 VStG nicht gerecht; unbedenklich ist die Tatzeitformulierung zwar hinsichtlich des Endes der Tatzeit mit „bis zumindest 31.12.2019“ deren Beginn ist jedoch entgegen § 44a Z 1 VStG zu ungenau umschrieben, da die genannte Formulierung einen nicht unbeachtlichen Interpretationsspielraum einräumt und verschiedenste Deutungen im Hinblick auf den Beginn des vorgeworfenen Tatzeitraums offen lässt; insofern ist hinsichtlich des angelasteten Beginns des Tatzeitraums im ggst Fall nicht sichergestellt, dass dadurch keine Beeinträchtigung der Verteidigungsrechte des Rw entsteht und er keiner Gefahr einer Doppelbestrafung ausgesetzt ist; Aufgabe des LVwG wäre es gewesen, anhand der ihm vorliegenden Beweisergebnisse den sich daraus (im Zweifel zu Gunsten des Rw spätestmöglich) ergebenden Beginn des Tatzeitraums festzustellen und diese Feststellung entsprechend zu begründen

15.12.2021, [Ra 2020/17/0028](#)

AVG; **VStG**; wenn das **Abweichen der Begründung der schriftlichen Ausfertigung** in einem wesentlichen Punkt von jener, die in der Niederschrift zur mündlichen Verkündung dokumentiert ist, einen Begründungsmangel darstellt, so muss dies umso mehr für den Fall gelten, dass die Niederschrift zur mündlichen Verhandlung keinerlei Begründung enthält und damit nicht einmal ansatzweise nachvollzogen werden kann, welche tragenden Überlegungen für die getroffene Entscheidung ausschlaggebend waren; ein innerhalb der gem § 31 Abs 2 VStG dreijährigen Frist mündlich verkündetes Erkenntnis eines VwG steht dem Eintritt der Strafbarkeitsverjährung entgegen

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 22.10.2021, [W227 2245529-1](#)

COVID-19-SchulVO, **SchulunterrichtsG**; nach § 11 Abs 4 COVID-19-SchulVO 2020/2021 ist abweichend von § 25 Abs 2 lit c SchulunterrichtsG bei der **Beurteilung von Unterrichtsgegenständen** des Schuljahrs 2020/2021 mit „Nicht genügend“ die **Berechtigung zum Aufsteigen** zu vermerken; bei mehr als einem „Nicht genügend“ bedarf der Vermerk hingegen der Zustimmung der Konferenz; gleiches gilt nach § 36 Abs 2 COVID-19-SchulVO auch für das Schuljahr 2021/2022; folglich ist in

den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 ein Aufsteigen mit einem „Nicht genügend“ jedenfalls möglich; bei mehr als einem „Nicht genügend“ jedoch nur mit Zustimmung der Konferenz, wenn sich aus den Leistungen in den übrigen Pflichtgegenständen ableiten lässt, dass der Schüler über genügend Leistungsreserven verfügt

LVwG OÖ 13.12.2021, [LVwG-552007 - 552008](#)

RAO; es ist im vorliegenden Fall nach Ansicht des erkennenden Gerichts davon auszugehen, dass nicht bloß konkrete Vorgaben für **Heilbehandlungen** erfolgen, sondern rechtskräftig ausgesprochen wird, dass mangels Durchführung der angeführten (aufgetragenen) Heilbehandlungen der **Rentenanspruch** erlischt; dies ist aber schon insofern unzulässig, als das Nichtdurchführen einer vorgegebenen (dienlichen und zumutbaren) Heilbehandlung für sich allein noch nicht zum Erlöschen des Rentenanspruchs führt, sondern es zum Erlöschen des Anspruchs erst kommen kann, wenn sich der berufsunfähige Rechtsanwalt „schuldhaft“ und damit „vorwerfbar“ widersetzt; die gegenständliche Vorschreibung der Auflagen verbunden mit dem Ausspruch der Rechtsfolge des Erlöschens des Anspruchs bei Nichtdurchführung ist daher unzulässig

LVwG NÖ 14.01.2021, [LVwG-AV-1546/001-2021](#)

NÖ Sozialhilfe-Ausführungsg; wenngleich ein **Verzicht auf Unterhalt im Zuge einer einvernehmlichen Scheidung** nicht pauschal als – unbefristete – Verwirkung der Sozialhilfeansprüche herangezogen werden kann, kann dieser (nach Lage des Falls) als Verzicht iSd § 8 Abs 3 NÖ Sozialhilfe-Ausführungsg zu werten sein (hier: Abschluss des Scheidungsvergleichs nach Hinweis auf die Folgen des Unterhaltsverzichts und nach Stellung des Antrags, und sohin während des laufenden Verfahrens zur Gewährung von Leistungen nach leg cit)

LVwG Tirol 11.01.2021, [LVwG-2021/14/3337-1](#)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO, COVID-19-MaßnahmenG; Voraussetzung für eine **Bestrafung** nach § 5 Abs 1 Z 4 der 4. COVID-19-SchutzmaßnahmenVO iVm § 8 Abs 4 COVID-19-MaßnahmenG ist, dass es durch die ungeeignete Maßnahme tatsächlich zu einer **Überschreitung der zulässigen Kundenanzahl** kommt; wird die zulässige Kundenanzahl nicht überschritten, waren die Maßnahmen offenkundig ausreichend: ein Geschäftsbetreiber, der keine Maßnahmen ergreift, begeht keine Verwaltungsübertretung, wenn sich im Geschäft keine Personen aufhalten

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.01.2022, Rs C-118/20, Wiener Landesregierung \(Révocation d'une assurance de naturalisation\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 und 21 AEUV – Anwendungsbereich – Aufgabe der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats, um die **Staatsangehörigkeit** eines anderen Mitgliedstaats entsprechend dessen **Zusicherung der Einbürgerung** des Betroffenen zu erwerben – **Widerruf** dieser Zusicherung aus **Gründen** der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Staatenlosigkeit

[18.01.2022, Rs C-261/20, Thelen Technopark Berlin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Art 49 AEUV – Richtlinie 2006/123/EG – Art 15 – **Honorare für Architekten und Ingenieure** – Festgesetzte **Mindestpreise** – Unmittelbare Wirkung – Im Laufe eines Verfahrens vor einem nationalen Gericht ergangenes Vertragsverletzungsurteil

[20.01.2022, Rs C-594/19 P, Deutsche Lufthansa/ Kommission](#)

„Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Beihilfen zugunsten von **Flughäfen und Fluggesellschaften** – **Beschluss**, mit dem Maßnahmen zugunsten des Flughafens Frankfurt-Hahn als mit dem Binnenmarkt **vereinbare staatliche Beihilfen** eingestuft werden, und mit dem festgestellt wird, dass keine staatlichen Beihilfen zugunsten der diesen Flughafen nutzenden Fluggesellschaften vorliegen – **Unzulässigkeit einer Nichtigkeitsklage** – Art 263 Abs 4 AEUV – Natürliche oder juristische Person, die von dem in Rede stehenden Beschluss nicht unmittelbar und individuell betroffen ist – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

[20.01.2022, Rs C-891/19 P, Kommission/ Hubei Xinyegang Special Tube](#)

Rechtsmittel – Dumping – Durchführungsverordnung (EU) 2017/804 – **Einführen** bestimmter nahtloser **Rohre** mit **Ursprung in China** – Endgültiger **Antidumpingzoll** – Verordnung (EU) 2016/1036 – Art 3 Abs 2, 3 und 6 sowie Art 17 – Feststellung der Schädigung – Prüfung der **Auswirkungen** der gedumpten Einfuhren auf die **Preise gleichartiger Waren**, die auf dem Markt der Europäischen Union verkauft werden – Analyse der Preisunterbietung – Anwendung der Methode der Warenkennnummern (PCN) – Verpflichtung der Europäischen Kommission zur Berücksichtigung der verschiedenen Marktsegmente für die betroffene Ware sowie sämtlicher Verkäufe gleichartiger Waren durch die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller

[20.01.2022, Rs C-51/20, Kommission/ Griechenland \(Récupération d'aides d'État - Ferronickel\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Staatliche Beihilfen** – Für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärte Beihilfen – **Rückforderungspflicht** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem die Vertragsverletzung festgestellt wird – **Nichtdurchführung** – Nichterfüllung der Pflicht zur Rückforderung rechtswidriger und unvereinbarer Beihilfen – **Finanzielle Sanktionen** – Verhältnismäßiger und abschreckender Charakter – Zwangsgeld – Pauschalbetrag – Zahlungsfähigkeit – Gewichtung der Stimmen des Mitgliedstaats im Europäischen Parlament

[20.01.2022, Rs C-90/20, Apcoa Parking Danmark](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Anwendungsbereich – Steuerbare Umsätze – Von einer Gesellschaft des Privatrechts durchgeführte Tätigkeiten – **Betrieb von Parkplätzen auf privaten Grundstücken** – Von dieser Gesellschaft in dem Fall, dass Kraftfahrer die allgemeinen Nutzungsbedingungen für diese Parkplätze nicht beachten, **erhobene Kontrollgebühr** – Einstufung – Wirtschaftliche und geschäftliche Realität der Umsätze

[20.01.2022, Rs C-165/20, Air Berlin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Richtlinie 2003/87/EG – Art 3e – Einbeziehung des **Luftverkehrs** – Richtlinie 2008/101/EG – Kostenfreie Zuteilung und Vergabe von Zertifikaten an Luftfahrzeugbetreiber – Einstellung der Tätigkeit eines Luftfahrzeugbetreibers wegen **Insolvenz** – Bescheid der zuständigen nationalen Behörde über die Nichtvergabe von Zertifikaten an den Insolvenzverwalter der in Liquidation befindlichen Gesellschaft

[20.01.2022, Rs C-432/20, Landeshauptmann von Wien \(Perte du statut de résident de longue durée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Einwanderungspolitik** – Richtlinie 2003/109/EG – Art 9 Abs 1 Buchst c – **Verlust der Rechtsstellung** eines **langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen** – Abwesenheit vom Unionsgebiet während eines Zeitraums von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten – **Unterbrechung dieses Zeitraums** der Abwesenheit – Unregelmäßige und kurze Aufenthalte im Unionsgebiet

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.01.2022, Rs C-328/20, Kommission/ Österreich \(Indexation des prestations familiales\) \(GA De La Tour\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 4, 7 und 67 – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 – **Gleichbehandlung** – **Familienleistungen** – Soziale und steuerliche Vergünstigungen – Anpassung der Höhe von Leistungen und Vergünstigungen nach dem Preisniveau im **Wohnsitzstaat der Kinder**

[20.01.2022, Rs C-572/20, ACC Silicones \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 und 65 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Ausschüttung von Dividenden** aus Streubesitzanteilen – Erstattung der als **Quellensteuer** erhobenen Kapitalertragsteuer an eine gebietsfremde Gesellschaft – Voraussetzung in Bezug auf die Situation von Anteilseignern, die direkt oder indirekt an der Empfängergesellschaft beteiligt sind – **Pflicht zur Vorlage** einer **Bescheinigung** der Steuerbehörden des Wohnsitzstaats – Verhältnismäßigkeit

20.01.2022, Rs C-589/20, Austrian Airlines (Exonération de la responsabilité du transporteur aérien) (GA Emiliou)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Übereinkommen von Montreal – Art 17 Abs 1 – **Haftung der Luftfahrtunternehmen** für Tod oder Körperverletzungen der **Fluggäste** – Erfordernis eines hierfür ursächlichen ‚Unfalls‘, der sich ‚beim ... Aussteigen‘ ereignet – Fluggast, der **beim Aussteigen** auf der Bordtreppe **stürzt** – Art 20 – Einwand des **fahrlässigen Mitverschuldens** – Nichtfesthalten des Fluggasts an den Handläufen

20.01.2022, Rs C-617/20, TN und NN (Déclaration concernant la renonciation à la succession) (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Annahme oder Ausschlagung einer **Erbschaft**, eines **Vermächtnisses** oder eines **Pflichtanteils** – **Erklärung** über die **Ausschlagung** einer Erbschaft, die vor einem Gericht des Mitgliedstaats des **gewöhnlichen Aufenthalts** des Erklärenden abgegeben wurde – Gültigkeit

20.01.2022, Rs C-430/21, RS (Effet des arrêts d'une juridiction constitutionnelle) (GA Collins)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstaatlichkeit – Grundsatz der **richterlichen Unabhängigkeit** – Art 2 EUV – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Bestimmung der Verfassung eines Mitgliedstaats in ihrer **Auslegung** durch sein Verfassungsgericht, wonach die **nationalen Gerichte** nicht befugt sind, die Vereinbarkeit einer nationalen Bestimmung, die durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts für **verfassungsgemäß** erklärt wurde, mit den Bestimmungen des Unionsrechts zu prüfen – Disziplinarverfahren

C. GERICHT

19.01.2022, Rs T-610/19, Deutsche Telekom/ Kommission

Nichtigkeits- und Schadensersatzklage – Wettbewerb – **Missbrauch** einer **beherrschenden Stellung** – Slowakischer Markt für **Breitbandtelekommunikationsdienste** – **Beschluss**, mit dem eine **Zu widerhandlung** gegen Art 102 AEUV und Art 54 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Urteil, mit dem der Beschluss **teilweise** für **nichtig** erklärt und die verhängte Geldbuße herabgesetzt wird – Weigerung der Kommission, **Verzugszinsen** zu zahlen – Art 266 AEUV – Art 90 Abs 4 Buchst a der Delegierten Verordnung (EU) Nr 1268/2012 – Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen eine Rechtsnorm, die dem Einzelnen Rechte verleiht – Vorenthaltung der Nutzung des rechtsgrundlos gezahlten Betrags der Geldbuße – Entgangener Gewinn – Verzugszinsen – Satz – Schaden

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.01.2022, Beschwerde Nr 4161/13, Karuyev / Russland

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit), Bespuckung eines Porträts des russischen Präsidenten Putin, Verurteilung wegen Störung der öffentlichen Ordnung, keine eindeutige und vorhersehbare Grundlage im innerstaatlichen Recht für eine Verurteilung, da keine spezifischen Straftatbestände nachgewiesen wurden

18.01.2021, Beschwerde Nr 15508/15, Atristain Gorosabel / Spanien

Verletzung von **Art 6 Abs 1** und **3 c EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren, Recht auf einen Rechtsbeistand eigener Wahl), Bf in Isolationshaft, Zugang zu einem Anwalt wurde ohne Begründung verweigert, Verwendung des Geständnisses bei Befragung durch Polizei in Verhandlung, Beeinträchtigung der Fairness des Strafverfahrens insgesamt

18.01.2021, Beschwerde Nr 21266/19 ua, Mehmet Çiftçi ua / Türkei

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit), Bf (Gefängnisinsassen) haben Hymnen gesungen zum Gedenken an die Gefangenen, die bei einer von den Behörden in den Gefängnissen durchgeführten Aktion ihr Leben verloren hatten, einmonatiger Entzug der Kommunikationsmittel, Disziplinarstrafe stellt Eingriff in ihr Recht auf freie Meinungsäußerung dar

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 183/2021 , ausgegeben am 22.10.2021	23.10.2021	30.06.2022
204. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl I 204/2021 , ausgegeben am 13.12.2021	14.12.2021	<i>unverändert</i>
255. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl. I Nr. 255/2021 , ausgegeben am 31.12.2021	01.01.2022	<i>unverändert</i>

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021 BGBl II 501/2021 : VfGH: § 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 30.11.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>

→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020
--	--	------------

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
--	------------	------------

427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBI II 95/2021 berichtigt BGBI II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	23.11.2021
483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI II 483/2021 , Anlage , ausgegeben am 23.11.2021	24.11.2021	<i>Keine Angabe</i>
2. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI. II Nr. 2/2022 , ausgegeben am 03.01.2022	04.01.2022	<i>Keine Angabe</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBI II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBI II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBI II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBI II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBI II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBI II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p>BGBI II 318/2021: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p>BGBI II 359/2021: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.05.2020	30.06.2020

<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 358/2021: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.07.2020	31.12.2020
<p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020, ausgegeben am 02.07.2020</p>	03.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020, ausgegeben am 22.07.2020</p>	24.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020, ausgegeben am 29.07.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	30.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-</p>	14.09.2020	<i>unverändert</i>

Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020		
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft. BGBl II 501/2021: VfGH: § 6 Abs. 1a, 1b und 3a für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 14.01.2022</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i>	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020 , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt</i>	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf

<p>mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</p>		<p>16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</p>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	<p>11.11.2020</p>	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	<p>13.11.2020</p>	<p>§2 22.11.2020</p>
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	<p>07.12.2020</p>	<p>23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)</p>
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH: BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>

17.08.2021		
58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021 , ausgegeben am 05.02.2021	08.02.2021	17.02.2021
76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021 , ausgegeben am 17.02.2021	18.02.2021	27.02.2021
94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021 , ausgegeben am 25.02.2021	28.02.2021	09.03.2021
105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021 , ausgegeben am 08.03.2020	10.03.2021	14.03.2021
111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021 , ausgegeben am 12.03.2021	15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021	11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021
120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021 , ausgegeben am 23.03.2021	25.03.2021	<i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021
139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021 , ausgegeben am 30.03.2021	01.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)
147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021 , ausgegeben am 06.04.2021	07.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021

171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 465/2021 , ausgegeben am 14.11.2021 Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl. II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft	15.11.2021	21.11.2021 (lt. BGBl. II 475/2021) 24.11.2021
467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II 467/2021 , ausgegeben am 15.11.2021	16.11.2021	<i>unverändert</i>
537. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 6. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 537/2021 , ausgegeben am 10.12.2021	12.12.2021	24.12.2021 31.12.2021 (lt. BGBl. II 568/2021) 40.01.2022 (lt. BGBl. II 604/2021) 20.01.2022 (lt. BGBl. II Nr. 6/2022)
556. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II 556/2021 , ausgegeben am 16.12.2021	17.12.2021	§21 Abs. 13 mit 17.12.2021 <i>Rest: unverändert</i>
568. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (2. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II 568/2021 , ausgegeben am 20.12.2021	22.12.2021	31.12.2021

<i>Manche §§ sind am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2021 nicht anzuwenden.</i>		
588. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (3. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 588/2021 , ausgegeben am 23.12.2021	27.12.2021	<i>unverändert</i>
601. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (4. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 601/2021 , ausgegeben am 30.12.2021	§ 25 Abs. 1 und 7 ab 01.01.2022 § 2, § 3 Abs. 4, § 14 Abs. 2 Z 1a lit. c sowie § 21 Abs. 7 und 7a ab 03.01.2022	10.01.2022
602. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (5. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 602/2021 , ausgegeben am 30.12.2021	02.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (6. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 6/2022 , ausgegeben am 10.01.2022	11.01.2022	20.01.2022
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen	25.01.2021	03.02.2021

zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021		
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021
475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV), BGBl II 475/2021 , ausgegeben am 21.11.2021	22.11.2021	04.12.2021 11.12.2021 (lt. BGBl II 511/2021)
511. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-NotMV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 511/2021 , ausgegeben am 01.12.2021	02.12.2021 § 2 Abs. 2 Z 1 mit 06.12.2021	11.12.2021 § 18 Abs. 11 mit 06.12.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021 (lt. BGBl. II 247/2021)
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>

2. COVID-19-Öffnungsverordnung

<p>278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>01.07.2021</p>	<p>31.08.2021 30.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p> <p>§§ 12 – 16: 28.07.2021 19.08.2021 (lt. BGBl II 321/2021) 17.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p>
<p>278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p>§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021</p>
<p>321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021, ausgegeben am 16.07.2021</p>	<p>22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021, ausgegeben am 20.07.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021, ausgegeben am 18.08.2021</p>	<p>§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021</p> <p>§ 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021</p> <p>für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021</p>	<p>30.09.2021</p>
<p>367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 367/2021</p>	<p>20.08.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021</p>	<p>für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021</p> <p>für alle anderen Bundesländer</p>	<p>§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft</p> <p><i>Rest: unverändert</i></p>

	mit 13.09.2021	
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021 § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021

Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021	15.09.2021	<i>unverändert:</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 429/2021 , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV

441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, BGBl II 441/2021 , ausgegeben am 25.10.2021 <i>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.</i>	01.11.2021 § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021	15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021) 12.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 30.11.2021 §§ 12 bis 16: 05.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 28.11.2021 § 19 Abs. 10: 15.11.2021
456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 456/2021 , ausgegeben am 02.11.2021	08.11.2021	<i>unverändert</i>
459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden (2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 459/2021 , ausgegeben am 07.11.2021	§ 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit	12.12.2021 §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021

	15.11.2021 § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021 Rest mit 08.11.2021	§ 12 Abs. 9 mit 08.11.2021 § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021
--	---	---

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#).

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Hans Ebner (LL.M.), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, MMag. (FH) Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Karin Schmid-Küllinger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.